

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

| | |
|--|---|
| I. Aktuelles aus der Gesetzgebung | 1 |
| SPD Fraktion legt Gesetzentwurf zur Auflösung des Landesschulamtes vor | 1 |
| II. Aktuelles aus der Rechtsprechung | 1 |
| 1. EuGH zur Überleitung in die neue Besoldungstabelle | 1 |
| 2. Anrechnung von Zeiten als Flugbegleiter als besoldungsrechtliche Erfahrungszeit | 4 |
| III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen | 4 |
| Tarifeinigung 2014 im Bereich TVöD angenommen | 4 |
| IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten | 5 |
| V. Neues auf Rehmnetz | 5 |
| 1. News | 5 |
| 2. Blog zum Beamtenrecht | 5 |

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. SPD-Fraktion startet Gesetzesinitiative zur Auflösung des Landesschulamtes

Die SPD-Fraktion im Hessen Landtag hat im einen Gesetzentwurf „zur Auflösung des Landesschulamtes und zur Stärkung der dezentralen Schulverwaltung“ in die parlamentarische Beratung eingebracht (LT.-Drucks. 19/502 v. 17.06.2014). Zentraler Inhalt ist die Auflösung des erst mit Wirkung zum 1.1.2012 geschaffenen zentralen Landesschulamtes und die damit verbundene Wiederherstellung der selbständigen Staatlichen Schulämter. Konsequenterweise sollen dann auch alle besoldungs- und personalvertretungsrechtlichen Regelungen rückgängig gemacht werden. Letztlich soll der Rechtszustand wieder hergestellt werden, wie er bis zum 31.12.2011 galt. Die SPD-Fraktion greift damit auch eine Verabredung aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag auf, wonach die „staatlichen Schulämter ... unmittelbar an das Hessische Kultusministerium angebunden...“ werden sollen und diese Organisationsform „das Landesschulamts“ ersetzt (S. 36 des Koalitionsvertrages v. Dezember 2013). Im Ergebnis haben damit CDU und Bündnis90/Die Grünen ebenfalls die Abschaffung des (zum Zeitpunkt der Koalitionsvereinbarung) erst knapp zwei Jahre alten zentralen Landesschulamtes vereinbart. Gleichwohl liegt auch aktuell (August 2014) kein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung oder der Koalitionsfraktionen vor.

Der SPD-Antrag befindet sich derzeit in den Ausschussberatungen. Die nächste Landtagssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause ist erst in der letzten September-Woche 2014. Ob er dann auf der Tagesordnung steht, bleibt abzuwarten.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. EuGH zur Überleitung in die neue Besoldungstabelle

Überleitung in neues Recht akzeptiert/Entscheidung zur Altersdiskriminierung noch offen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 19.6.2014 entschieden, dass die Überleitung in das neue Besoldungsrecht des Bundes im Juli 2009 sowie die Überleitung in das neue Besoldungsrecht des Bundeslandes Berlin im August 2011 in Übereinstimmung mit europäischem Recht steht. Die Tatsache, dass Grundlage für die jeweilige Überleitung die zum Zeitpunkt der Überleitung jeweils erreichte Dienstaltersstufe der entsprechenden Besoldungsgruppe war, steht dem ausdrücklich nicht entgegen (Urteil des EuGH v. 19.6.2014, ZTR 2014, S. 501 ff.). Diese Entscheidung des EuGH und die jetzt noch ausstehenden Entscheidungen des VG Berlin haben auch Bedeutung für die zum 1.3.2014 erfolgte Überleitung nach hessischem Besoldungsrecht. Noch offen sind die noch ausstehenden Entscheidungen

des BVerwG zur grundsätzlichen Frage, ob das alte System der Dienstaltersstufen altersdiskriminierend ist oder nicht.

a) Ausgangsverfahren

Grund und Anlass für das Verfahren vor dem *EuGH* waren die **Überleitungen** in die **neue Besoldungsstruktur** für den Bereich des **Bundes** sowie für den Bereich des **Landes Berlin**. In beiden Bereichen wurde das System der an das Lebensalter anknüpfenden Dienstaltersstufen (§§ 27, 28 BBesG a. F.) durch ein zeit- und leistungsorientiertes System (Erfahrungsstufen) abgelöst. An dem System der Dienstaltersstufen konnte wegen der altersdiskriminierenden Wirkung nicht mehr festgehalten werden. Ausgangspunkt für die Überleitung im Juli 2009 (Bund) bzw. im August 2011 (Land Berlin) war gleichwohl die zum jeweiligen Zeitpunkt erreichte Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe und die sich daraus ergebende Besoldung. Sie war maßgebend für die Zuordnung zu einer Stufe oder einer Überleitungsstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe in der neuen Tabelle. Die Klägerinnen bzw. Kläger legten gegen ihre Überleitung Widerspruch mit der Begründung ein, dass durch die Anknüpfung an die altersdiskriminierende Dienstaltersstufe die Diskriminierung auch für die Zukunft fortgesetzt wird. Und zwar auch dann, wenn sich ab dem Zeitpunkt der Überleitung der weitere Aufstieg nach anderen Kriterien richte. Sie beantragten die dauerhafte Nachzahlung der Differenzbeträge, die sich aus dem Unterschied zwischen der tatsächlich gewährten Besoldungsstufe und der jeweils höchsten Besoldungsstufe ihrer Besoldungsgruppe ergab.

Dies hat der *EuGH* verworfen. Er hat zwar ausdrücklich bestätigt, dass das bisherige System der Dienstaltersstufen (§§ 27, 28 BBesG a. F.) wegen der Anknüpfung an das 21. Lebensjahr altersdiskriminierend ist. Unter Beachtung aller relevanter Umstände kommt das Gericht jedoch zu dem Gesamtergebnis, dass

„Art. 2 und 6 Abs. 1 der RL 2000/78 ... nationalen Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen, die ... die Modalitäten der Überleitung von Beamten, die vor dem Inkrafttreten dieser Rechtsvorschriften verbeamtet worden sind, in ein neues Besoldungssystem festlegen und vorsehen, dass zum einen die Besoldungsstufe, der sie nunmehr zugeordnet werden, allein auf der

Grundlage des unter dem alten Besoldungssystem erworbenen Grundgehalts ermittelt wird, obgleich dieses alte System auf einer Diskriminierung wegen des Alters ... beruhte, und dass sich zum anderen der weitere Aufstieg in eine höhere Besoldungsstufe ... allein nach der seit dem Inkrafttreten dieser Rechtsvorschriften erworbenen Berufserfahrung bemisst“. (Rn. 86 der Entscheidung).

Das Gericht hat damit akzeptiert, dass der Gesetzgeber mit dem gewählten System zwar einerseits von der zum Zeitpunkt der Überleitung zustehenden Besoldung ausgeht, gleichwohl dann aber auch einen „Schlussstrich“ zieht und ab dem folgenden Monat mit einem neuem System beginnt. Für eine Übergangszeit sei dies akzeptabel. Es handelt sich im Übrigen um einen der wenigen Fälle, in denen sich das Gericht nicht der Auffassung in dem Schlussantrag des Generalanwaltes angeschlossen hat (Antrag des Generalanwaltes *Y. Bot* v. 28.10.2013, ZBR 2014, S. 35).

b) Das weitere Verfahren

Mit der vorliegenden *EuGH*-Entscheidung ist das **gerichtliche Verfahren jedoch noch nicht beendet**. Es handelte sich um ein durch das *VG Berlin* eingeleitetes „Vorabentscheidungsersuchen-Verfahren“. Dies bedeutet, das *VG Berlin* war (zu Recht) der Auffassung, dass es bei seiner Entscheidung letztlich um die Anwendung und Auslegung europäischen Rechts geht und hat von daher dem *EuGH* eine Reihe von Fragen vorgelegt, die nunmehr beantwortet sind. Auf der Grundlage dieser Entscheidung muss das *VG Berlin* nunmehr noch in den einzelnen Fällen selbst entscheiden. Es spricht jedoch einiges dafür, dass es sich der Auffassung des *EuGH* anschließt und die Anträge der Klägerinnen und Kläger auf Zahlung der Besoldungsdifferenz zurückweist. Letztlich muss dies jedoch genauso abgewartet werden, wie die Frage, ob der weitere nationale Instanzenweg (*OVG*, *BVerwG*) beschritten wird. Wann mit einer Entscheidung des *VG Berlin* zu rechnen ist, ist derzeit nicht bekannt.

c) Bedeutung für Hessen

Sowohl die *EuGH*-Entscheidung als auch das weitere Verfahren in Berlin haben für Hessen Bedeutung. Die mit Wirkung zum 1.3.2014 erfolgte Besoldungsüberleitung nach §§ 2, 3 HBesVÜG (HBR IV,

Nr. 1402) folgt den gleichen Grundsätzen und Kriterien. Von daher kann auch hier mit Blick auf die vorliegende *EuGH*-Entscheidung eingeschätzt werden, dass die erfolgte Überleitung auf der Grundlage der im Februar 2014 erreichten Besoldungsgruppe und innerhalb dieser Besoldungsgruppe der erreichten Dienstaltersstufe (§ 3 Abs. 1 Satz 1 HBesVÜG) korrekt war. Im Übrigen sind die Überleitungsregelungen in den einschlägigen Tarifverträgen (TVöD, TV-H) letztlich keine anderen. Auch diese hatte der *EuGH* bereits gebilligt (*EuGH* v. 08.09.2011, ZTR 2011, S. 664).

d) Entscheidung zum alten System der Dienstaltersstufen steht noch aus

Von der vorliegenden Entscheidung zur Wirksamkeit der Besoldungsüberleitung strikt **zu unterscheiden** ist die Auseinandersetzung um die Zahlung der Besoldungsdifferenz zwischen der tatsächlichen und der jeweils höchsten Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe. Thematisch hängt das zwar zusammen, gleichwohl handelt es sich um unterschiedliche Sachverhalte und auch um unterschiedliche gerichtliche Verfahren. Vor dem Hintergrund einiger verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen außerhalb Hessens, aber auch in Hessen selbst sowohl zur R-Besoldung (VG Frankfurt a. M. v. 20.8.2012, ZBR 2013, S. 172) als auch zur A-Besoldung (VG Frankfurt a. M. v. 25.7.2013), hatten u. a. die DGB-Gewerkschaften bereits im Januar 2012 vor dem Hintergrund der Vielzahl von Vorlagenbeschlüssen dazu aufgefordert, Ansprüche auf Besoldung aus der letzten Dienstaltersstufe geltend zu machen.

Dies betraf (und betrifft) diejenigen Beamtinnen und Beamten in der A- und R-Besoldung. Die Besoldungsordnungen B bzw. W waren hingegen wegen des jeweils anderen Systems nicht betroffen. Die Geltendmachung bezog sich allerdings einzig auf die Differenzzahlung zwischen individueller Dienstaltersstufe sowie der jeweiligen Endstufe in der jeweiligen Besoldungsgruppe und auch nur bis zum Zeitpunkt der Überleitung in das neue Recht, mithin also nur bis einschließlich Februar 2014. Mit dem Beginn des neuen Rechts (März 2014) sollte dieser Anspruch erledigt sein.

Über diese Frage ist auf der nationalen Ebene derzeit noch nicht entschieden. Dem *BVerwG* liegen einige Verfahren vor, die noch nicht behandelt sind.

Derzeit droht auch noch keine Verjährung des geltend gemachten Anspruchs. Die 3jährige Verjährungsfrist (§ 195 BGB) begann mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist (§ 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB: 31.12.2012, 24.00 Uhr). Der geltend gemachte Anspruch ist demnach erst am 1.1.2016 verjährt. Wir gehen davon aus, dass bis dahin eine (rechtskräftige) Entscheidung vorliegt.

Sollte dies nicht der Fall sein, würden wir uns bei den betroffenen Dienstherrn dafür einsetzen, dass in den Fällen, in denen die höhere Besoldungszahlung geltend gemacht wurde, auf die Einrede der Verjährung verzichtet und der Ausgang der gerichtlichen Verfahren abgewartet wird.

In der Sache selbst spricht allerdings einiges dafür, dass sich das *BVerwG* in dieser Frage der Sichtweise des *EuGH* anschließt:

„.... führt das durch die §§ 27, 28 BBesG a. F. geschaffene Besoldungssystem zu einer unmittelbar auf dem Kriterium des Alters beruhenden Ungleichbehandlung im Sinne von Art. 2 Abs. 1 und 2 Buchst. a) der Richtlinie 2000/78“. (Rn. 43 der Entscheidung).

Diese Ungleichbehandlung ist auch nicht nach Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 2000/78 gerechtfertigt (Rn. 51, 52). Gleichwohl gilt es, den Ausgang der Verfahren abzuwarten. Das *BVerwG* hat in einer Presseerklärung vom 20.6.2014 und unter ausdrücklichem Hinweis auf die *EuGH*-Entscheidung vom Vortag angekündigt, im Herbst 2014 (September/Oktober) über die anhängigen Verfahren entscheiden zu wollen. Wer Ansprüche geltend gemacht hat, kann dies in Ruhe abwarten.



Produktipp

pcBeamte

PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettoeinkünften für Beamte, Richter und Soldaten.



CD-ROM
Stand 28. Aktualisierung Juli 2014
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert

€ 54,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-8024-3

[\[Mehr Info\]](#)

2. Anrechnung von Zeiten als Flugbegleiter als besoldungsrechtliche Erfahrungszeit

Die NJW berichtet in Heft 19/2013 (S. 10) über eine Entscheidung, die auch für Hessen von Bedeutung ist. Ein Richter wurde erstmalig in den Landesdienst eingestellt. Nachdem dies der Fall war, begehrte er die Anerkennung von Zeiten als Flugbegleiter bzw. Fluggastabfertiger als besoldungsrechtliche Erfahrungszeit. Er wies darauf hin, dass nach § 38a Abs. 1 Nr. 3 des Berliner Besoldungsgesetzes diese Tätigkeiten zum Erwerb der sozialen Kompetenz beigetragen haben, was bei einer Berücksichtigung zu einer höheren Stufenzuordnung führt.



Produktipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

Das Land lehnte dies ab, das VG Berlin gab dem Kläger recht. Es begründet seine Entscheidung damit, dass der Kläger mit der Tätigkeit als Flugbegleiter bzw. Fluggastabfertiger nicht nur einer Vielzahl von Regularien in diplomatischer Form Geltung zu verschaffen hatte, sondern auch die im Flugbetrieb gehäuft und vielfältig auftretenden Konflikte von Menschen unterschiedlichster kultureller Hintergründe erkennen, ausgleichen und lösen musste. Für das Gericht waren damit diese Vorbeschäftigungen und dabei gewonnenen Erfahrungen geeignet, die sozialkompetenzrelevanten Wesensmerkmale des richterlichen Berufes – namentlich die Fähigkeit zum Verhandeln und zum Ausgleich, seine Konflikt-, Entschluss- und Kooperationsfähigkeit sowie das soziale Verständnis – zu fördern.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Außer dem Hinweis, dass (auch) nach dem seit dem 1.3.2014 geltenden § 29 Abs. 1 Satz 2 HBesG (HBR IV) vorher erbrachte „förderliche“ Zeiten anerkannt werden können. Dies sind nach näherer Definition (auch) Zeiten, in denen „*Kenntnisse oder Fertigkeiten erworben wurden, die für die Wahrnehmung der künftigen Dienstaufgabe von konkretem Interesse oder Nutzen sind*“ (§ 29 Abs. 1 Satz 3 HBesG). Diese Regelung gilt ausdrücklich auch für Richterinnen und Richter (§ 41 Abs. 3 Satz 1 HBesG).

(VG Berlin Urteil v. 20.3.2013, Az.: VG 7 K 302.12).

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifeinigung 2014 im Bereich TVöD angenommen

Im Newsletter Nr. 02/2014, S. 2 hatten wir über die Tarifeinigung vom 1.4.2014 im Rahmen der Tarifrunde 2014 im Bereich des TVöD (Bund und VKA) informiert. Wir hatten dabei darauf hingewiesen, dass sie bis Ende April 2014 unter Gremienvorbehalt steht, weil u. a. die Gewerkschaft ver.di nunmehr noch eine „*aufsuchende Mitgliederbefragung*“ durchführt. Diese bundesweite Befragung hatte zum Ergebnis, dass **87,33%** der im Tarifbereich befragten Mitglieder sich **für eine Annahme** des Ergebnisses **ausgesprochen haben**. Darauf hat die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di am 28.4.2014

ebenfalls ihre Zustimmung erteilt. Damit ist das 2014er Tarifergebnis „unter Dach und Fach“. Die Redaktionsverhandlungen konnten zwischenzeitlich abgeschlossen werden.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Aktualisierungslieferungen zum Hessischen Bedienstetenrecht. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

August 2014:

287. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
138. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 10-14 HBG, Normen

September 2014:

288. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
139. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 15-19 HBG
Normen

Oktober 2014:

289. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht
Rundschreiben

290. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
140. Aktualisierung der Teilausgabe IV
= 17. Aktualisierung des BeamtStG
§§ 1, 43, 44, 46 BeamtStG, Stichwortverzeichnis

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Neues auf Rehmnetz

1. News

[Nds.: Schulleitungen kleiner Ganztagschulen werden ab 1. September 2014 entlastet](#)

[Öffentlicher Dienst hat höchste Wochenarbeitszeit](#)
[Schöneberger Forum 2014](#)

2. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Die geistige Eignung des Bewerbers als Ernennungsvoraussetzung](#)

[Der Dienstherr zahlt das Schmerzensgeld](#)

[Aberkennung des Ruhegehalts nach über 40 Jahren](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

Impressum:

R.v. Decker, Verlagsguppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2014, Verlagsguppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg